

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

Landtag ehrte Alexander Frick



Bevor der Landtag gestern Mittwoch auf die eigentliche Tagesordnung eintrat, wurde in einer Gedenkminute des verstorbenen alt Regierungschefs und Landtagspräsidenten Dr. h.c. Alexander Frick gedacht.

Landtagsvizepräsident Josef Biedermann würdigte in seiner kurzen Ansprache Alexander Frick als eine bedeutende Persönlichkeit des Fürstentums Liechtenstein, die sich mit aussergewöhnlichem Engagement für die Belange unseres Landes eingesetzt habe. Er unterstrich bei seiner Würdigung die grosse politische Toleranz, die das Wirken des Verstorbenen auf der politischen Bühne in seiner langjährigen Tätigkeit als Regierungschef und Abgeordneter des Landtags, als dessen Präsident und Vizepräsident, auszeichnete.

Gewerbe-Initiative mit 2616 Unterschriften

Die Initiative der Gewerbe- und Wirtschaftskammer zur Einführung des Staatsvertragsreferendums wurde nach Auskunft der Geschäftsstelle am 5. November 1991 bei der Regierung eingereicht. Insgesamt wurden 2616 Unterschriften abgegeben, deren Gültigkeit nun von den zuständigen Stellen überprüft werden muss.

Nach dem Begehren soll die Verfassung mit dem folgenden Abschnitt ergänzt werden: «Jeder Landtagsbeschluss, der die Zustimmung zu einem Staatsvertrag zum Gegenstand hat, unterliegt der Volksabstimmung, wenn der Landtag eine solche beschliesst oder wenn innerhalb von 30 Tagen nach der amtlichen Verlautbarung des Landtagsbeschlusses wenigstens 1500 wahlberechtigte Landesbürger oder wenigstens vier Gemeinden in der in Art. 64 vorgesehenen Weise ein darauf gerichtetes Begehren stellen.»

Blumen Ospelt
Im Kaufin
9494 Schaan Tel. 24167/24464

NEU! Ab 21.10.91
haben wir jeden
Montag geöffnet.

Mo-Fr 8.00-12.00 / 13.30-18.30 Uhr
Sa durchgehend von 8.00-15.00 Uhr

Volksabstimmung für die Herabsetzung des Stimmrechtsalters

Der Landtag sprach sich gestern für eine Senkung des Stimm- und Wahlrechtsalters sowie für die Festsetzung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre aus

(G.M.) - Im Zentrum der gestrigen Sitzung des Landtags standen die Vorlage über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sowie über die Angleichung des Mündigkeitsalters auf 18 Jahre. Der Landtag sprach sich geschlossen für Eintreten auf die beiden Vorlagen, die eine Verfassungsänderung sowie eine Reihe von Gesetzesänderungen umfassen, aus und nahm die erste Lesung vor. Ebenfalls geschlossen vertrat der Landtag die Auffassung, dass über die Herabsetzung dieser Altersgrenzen eine Volksabstimmung durchgeführt werden sollte.

Die Landtagssitzung wurde von Vizepräsident Josef Biedermann präsidentiert, der diese Aufgabe wegen der krankheitsbedingten Absenz von Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter übernehmen musste. Vizepräsident Biedermann gab zu Beginn der Sitzung eine diesbezügliche Erklärung ab und wünschte ihm gute Genesung nach seinem Spitalaufenthalt. Anschliessend gedachte der Landtag des verstorbenen alt Regierungschefs und Landtagspräsidenten Dr. h.c. Alexander Frick in einer Schweigeminute. Der Landtagsvizepräsident würdigte die Verdienste des Verstorbenen in vielfältiger Hinsicht zum Wohle unseres Landes. (Siehe nebenstehendes Kästchen). Bevor der Landtag die Beratung der Gesetzesvorlagen aufnahm, stellte VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser den Antrag, am Schluss der Sitzung die Bestellung einer vorberatenden Kommission zur Beratung der vorliegenden Bankkonzession vorzunehmen. Das Plenum genehmigte diesen Vorschlag ohne Gegenstimme.

Zügige Beratungen

Im Unterschied zu den vorhergehenden Sitzungen, bei denen teilweise einzelne Vorlage einen Sitzungshalbtag beanspruchten, ging der Landtag gestern vormittag recht zügig ans Werk. Bis zur Mittagspause, die noch durch eine nicht-öffentliche Sitzung verkürzt wurde, wurden die Eintretensdebatten für die Vorlagen über das Stimm- und Wahlrechtsalter sowie das Mündigkeitsalter durchgeführt.

Ebenso konnte die Vorlage über den Persönlichkeitsschutz und das Gegendarstellungsrecht in erster Lesung durchberaten werden (siehe separater Beitrag). Am Nachmittag standen die Vorlagen über das Halten von Hunden, über eine zusätzliche Ausmerzaktion für Rindvieh und Schafe, über die Änderung des Stras-



Gestern trat der Landtag zu einer Sitzung zusammen, die heute Donnerstag fortgesetzt wird. Die Sitzung wird von Landtagsvizepräsident Josef Biedermann (FBP) geleitet, weil Landtagspräsident Dr. Karlheinz Ritter (VU) krankheitshalber fehlt. Der Landtag wünschte ihm gute Besserung.

senverkehrsgesetzes und über die Ergänzungsleistungen auf der Tagesordnung.

Stimm- und Wahlrechtsalter

Bei der Eintretensdebatte zum Gesetz über die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sprachen sich sämtliche Redner für die Vorlage aus, wobei die beiden Fraktionssprecher Dr. Alois Ospelt (FBP) und Reinhard Walser (VU) gleichzeitig auch die Durchführung einer Volksabstimmung in dieser Frage beantragten. Dr. Alois Ospelt wies auf die FBP-Motion hin, die auslösender Faktor für die Vorlage der Regierung gewesen sind und betonte, dass Liechtenstein mit der Durchsetzung der Forderung nach der Herabsetzung von Stimm- und Wahlrechtsalter nicht der Zeit voraus sei. Im Gegenteil, die meisten europäischen Staaten würden bereits Stimm- und Wahlrechtsalter 18 kennen, und auch der Europarat habe eine diesbezügliche Empfehlung abgegeben.

Obwohl sich die VU-Fraktion grundsätzlich ebenfalls mit der Vorlage einverstanden erklärte, konnte es VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser nicht verkneifen, an die initiative FBP-Seite einen Seitenhieb abzugeben: Im Namen jener Partei, zu deren Standardformulierung während Jahren der Zusatz gehörte «in der Schweiz ist es auch so», zeigte er sich enttäuscht, dass die Begründung der FBP-Motion aus einem schweizerischen Bericht stamme.

Politische Reife der Jugend

In seinem Eintretensvotum ging Dr. Alois Ospelt (FBP) ausführlich auf den Begriff der politischen Reife ein, die ausschlaggebend für die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters sei. Diese politische Reife, erklärte er in Übereinstimmung mit dem VU-Sprecher, weise die Jugend von heute früher als vor einer oder zwei Generationen auf. Hinzu komme, dass die Jugendlichen im Alter von

18 Jahren teilweise schon im Erwerbsleben stünden und das Strafrecht beispielsweise das Ende der Jugendzeit mit 18 Jahren ansetze. Ergänzend zu diesen Ausführungen, in denen Dr. Alois Ospelt betonte, die Jugendlichen sollten über ihre eigene Zukunft ebenfalls entscheiden können, bemerkte VU-Fraktionssprecher Reinhard Walser, die Alterspyramide habe sich zugunsten der älteren Bürgerinnen und Bürger verschoben. Die Zuerkennung der politischen Handlungsfähigkeit an die 18- und 19jährigen könne hier als Gegengewicht wirken. Ausserdem kann nach seiner Ansicht die Interessen der Jugend gestärkt werden, wenn sie sich aktiv mitbeteiligen dürfe. Auch Emma Eigenmann (FBP), Dr. Dieter Walch (FBP), Carl Kaiser (FBP) und Xaver Schädler (VU) schlossen sich diesen Begründungen an, wengleich sie auch andere Elemente, auf die wir zu einem späteren Zeitpunkt eingehen werden, in die Diskussion brachten.

Ja zum Gegendarstellungsrecht

Der Landtag begrüsst die Vorlage über den Persönlichkeitsschutz

(G.M.) - Künftig sollen sich Personen oder Behörden, die sich durch eine Darstellung in den Medien betroffen oder ungerecht behandelt fühlen, mit Hilfe einer Gegendarstellung wehren oder die Sachlage aus ihrer Sicht darstellen können. Die Regierung hat dem Landtag aufgrund einer VU-Motion eine Vorlage unterbreitet, die im Parlament grundsätzlich Zustimmung fand.

Nach einer Eintretensdebatte, in deren Verlaufe vor allem auf die Notwendigkeit zur Einführung des Instruments der Gegendarstellung hingewiesen wurde, nahm der Landtag die erste Lesung der Gesetzesvorlage vor. Grundsätzlich war die Vorlage der Regierung unbestritten, doch ergaben sich einige Fragen im Detail. Der VU-Abgeordnete Dr. Walter Oehry meinte, dass das Gesetz eine Lücke schliesse, die bislang allerdings in unserem Land als nicht besonders schmerzhaft empfunden wurde. Auch Dr. Ernst Walch (FBP) sprach sich für die Einführung des Gegendarstellungsrechts aus, da bis anhin gesetzliche Regelungen fehlten und Leserbriefe an die Zeitungen mit Richtigstellungen kein Ersatz für ein fehlendes Gegendarstellungsrecht seien. Er zitierte zur Begründung seines Votums aus der Dissertation von Dr. Marie-Theres Frick, die in einem Rechtsvergleich

des Persönlichkeitsschutzes «erhebliche Mängel» im Bereich der Medien, Liechtenstein betreffend, ausgemacht hatte.

Zudem begrüsst er die Übernahme der schweizerischen Regelung, da sie als die «einheitlichste und umfassendste Regelung» angesehen werde.

Auch der FBP-Abgeordnete Georg Schierscher richtete ein Kompliment an die Regierung für den ausgezeichneten begleitenden Bericht zur Gesetzesvorlage, wies jedoch auf ein paar Unvollständigkeiten und Widersprüche hin, die er in der anschliessenden ersten Lesung näher ausführte. Landtagsvizepräsident Josef Biedermann schliesslich befasste sich mit dem Spannungsfeld zwischen Gegendarstellung und Meinungs- und Pressefreiheit. Er bezeichnete die Schaffung eines Medienrechts als eine dringliche Aufgabe und wies darauf hin, dass Ethos und Ausbildung der Medienschaffenden zu den wirkungsvollsten Kontrollen der Medien gehörten. Aber auch die Medienpädagogik darf nach seiner Ansicht nicht zu kurz kommen: Früher habe sich die Befassung mit den Medien auf das Lesen konzentriert, heute müssten sich die Konsumenten auch mit der Übermittlung von Nachrichten und Unterhaltung durch elektronische Medien befassen.

Tudjman fordert Eingreifen der USA

Auch der zwölfte Waffenstillstand in Jugoslawien hält nicht

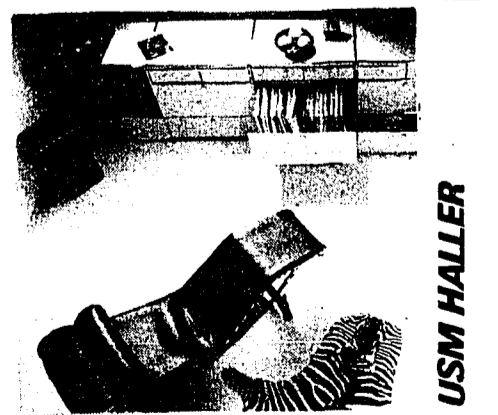
Belgrad (AP) Der kroatische Präsident Franjo Tudjman hat an die USA appelliert, mit militärischem Eingreifen den Bürgerkrieg in Jugoslawien zu beenden, der am Mittwoch ungeachtet des am Vortag erklärten zwölften Waffenstillstands unvermindert weiter tobte.

Tudjman sagte in Zagreb, die von der Europäischen Gemeinschaft beschlossenen Wirtschaftssanktionen reichten nicht aus, um dem Blutvergiessen ein Ende zu machen: «Nur Gewalt kann diese Aggression gegen Kroatien stoppen.» Die Bundesarmee warf unterdessen den kroatischen Streitkräften einen zweiten Angriff auf serbisches Gebiet seit Dienstag vor, was von kroatischen Sprechern aber dementiert wurde.

Tudjman sprach nach der am Dienstag in Den Haag erneut erfolglos gebliebenen EG-Vermittlungsaktion am Mittwoch vom «letzten Augenblick» für Europa und die Welt, den Bürgerkrieg zu beenden. Nach seiner Vorstellung soll die 6. US-Flotte in die Adria einlaufen und die Kontrolle des Luftraums übernehmen. Tudjman begründete dies mit den Worten, die jugoslawische Luftwaffe fliege Angriffe gegen zivile Ziele. Er sagte weiter: «Die USA sind das grösste und mächtigste Land der Erde, und keine Gewalt kann ohne ihre Einbeziehung gestoppt werden.»

Als UNO-Sonderbeauftragter nahm am Mittwoch der frühere US-Aussenminister Cyrus Vance Gespräche mit der serbischen Führung und der inzwischen weitgehend einflusslos gewordenen Bundesregierung auf. Vance war von Den Haag kommend am Dienstag abend in der jugoslawischen Hauptstadt eingetroffen.

Die Zukunft planen, ohne sie zu verbauen.



USM HALLER
THONY
9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16 office